



Brüssel, den 17. Februar 2017
(OR. en)

6376/17

COPEN 53
EUROJUST 33
EJN 16

VERMERK

Absender:	Herr Kornelios Korneliou, Botschafter/Ständiger Vertreter, Ständige Vertretung Zyperns bei der Europäischen Union
vom	20. Januar 2017
Empfänger:	Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

Betr.:	Rahmenbeschluss 2009/829/JI des Rates über die Anwendung – zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Entscheidungen über Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur Untersuchungshaft – Mitteilung Zyperns
--------	--

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

in Erfüllung der sich für die Republik Zypern aus dem eingangs genannten Rahmenbeschluss 2009/829/JI ergebenden Verpflichtungen übermittle ich Ihnen die einschlägigen Mitteilungen der Republik Zypern und den Wortlaut des Gesetzes Nr. 121(I)/2016, mit dem der oben genannte Rahmenbeschluss in nationales Recht umgesetzt wird.

(Schlussformel)

(gez.) Kornelios Korneliou

**Rahmenbeschluss 2009/829/JI des Rates vom 23. Oktober 2009 über die Anwendung –
zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – des Grundsatzes der gegenseitigen
Anerkennung auf Entscheidungen über Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur
Untersuchungshaft**

Mitteilung gemäß Artikel 27 Absatz 2

Gemäß Artikel 27 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses übermittelt die Republik Zypern dem Generalsekretariat des Rates den Wortlaut der einzelstaatlichen Rechtsvorschrift (Gesetz Nr. 121(I)/2016), mit der der oben genannte Rahmenbeschluss in nationales Recht umgesetzt wird.

Das Gesetz Nr. 121(I)/2016 trat am 18. November 2016 mit seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Republik in Kraft.

Mitteilung gemäß Artikel 6 Absatz 1

Die zuständigen Behörden der Republik Zypern sind:

1. Wenn die Republik Zypern Anordnungsstaat ist, ist die zuständige Behörde der Republik Zypern das Schwurgericht oder das Bezirksgericht, das die Straferichtsbarekeit ausübt, das die Zuständigkeit besitzt, die Straftat zu verhandeln oder das die Entscheidung über Überwachungsmaßnahmen erlassen hat.
2. Wenn die Republik Zypern Vollstreckungsstaat ist, ist die zuständige Behörde der Republik Zypern für die Anerkennung einer von einem anderen Mitgliedstaat erlassenen Entscheidung über Überwachungsmaßnahmen
 - a) das Bezirksgericht, in dessen räumlichem Zuständigkeitsbereich die Person, gegen die die Entscheidung über Überwachungsmaßnahmen in einem anderen Mitgliedstaat ergangen ist, ihren Aufenthaltsort hat;

- b) das Bezirksgericht von Nikosia, wenn der Aufenthaltsort der betreffenden Person nicht bekannt ist oder die Person nicht in der Republik Zypern ansässig ist.

Mitteilung gemäß Artikel 7 Absatz 3

Das Ministerium der Justiz und der öffentlichen Ordnung unterstützt als zentrale Behörde die für die Erlassung und Anerkennung von Entscheidungen zuständigen Behörden bei der administrativen Übermittlung und Entgegennahme, bei der unter Artikel 9 genannten Festlegung sowie beim gesamten übrigen damit verbundenen amtlichen Schriftverkehr.

Die Kontaktdaten für das Ministerium der Justiz und der öffentlichen Ordnung sind:

Leoforos Athalassas 125

1461 Nikosia, Zypern

Tel.: +357 22805950/951

Fax: +357 22518356

E-Mail: registry@mjpo.gov.cy

Mitteilung gemäß Artikel 8 Absatz 2

Die Republik Zypern teilt dem Generalsekretariat des Rates mit, dass sie zusätzlich zu den Maßnahmen gemäß Artikel 8 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses beabsichtigt, folgende Überwachungsmaßnahmen zu überwachen:

- 1) Verpflichtung der Person, sich bestimmter Aktivitäten, die mit der bzw. den zur Last gelegten Straftat(en) im Zusammenhang stehen, einschließlich bestimmter Berufe oder Beschäftigungen zu enthalten;

- 2) Verpflichtung, einen bestimmten Geldbetrag als Sicherheit zu hinterlegen oder eine andere Sicherheitsleistung zu erbringen, entweder in festgelegten Raten oder als Gesamtbetrag;
- 3) Verpflichtung, den Kontakt mit bestimmten Gegenständen, die mit der/den zur Last gelegten Straftat(en) in Zusammenhang stehen oder die als Beweismittel herangezogen werden, zu meiden.

Mitteilung gemäß Artikel 9 Absatz 4

Die Republik Zypern erklärt, dass sie die Übermittlung einer Entscheidung über Überwachungsmaßnahmen in Bezug auf eine Person, die ihren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt nicht in der Republik Zypern hat, nur dann annehmen wird, wenn diese Person für einen Zeitraum von mindestens drei (3) Monaten in ihrem Hoheitsgebiet ansässig ist.

Mitteilung gemäß Artikel 21 Absatz 3

Die Republik Zypern teilt dem Generalsekretariat des Rates mit, dass sie bei der Entscheidung über die Übergabe der betroffenen Person an den Anordnungsstaat auch Artikel 2 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI über den Europäischen Haftbefehl anwenden wird.

Erklärung gemäß Artikel 24

Die Republik Zypern akzeptiert Bescheinigungen in griechischer oder englischer Sprache.
